

gegen oder „Auswärtiges Amt“ hört sich an, als befände es sich außerhalb des Landes.

6. Mit **Ministerium des Agrar- und Forstwesens** sind die durchweg menschengemachten Anpflanzungs- und Produktionsräume gemeint, welche mittlerweile unsere Heimatlandschaften fast zur Gänze beherrschen. Sie liefern uns Nahrung, Baustoff und Heizmaterial zum Eigenbedarf und als Exportartikel.

7. Ein **Ministerium der Wissenschaften und Bildung** bedarf keiner näheren Erklärung. „Wissenschaft und Forschung“ hingegen, wie das Ressort früher hieß, ist ein Pleonasmus, weil Forschung ein Teil der Wissenschaft ist.

8. Auch **Ministerium des Bau- und Verkehrswesen** ist ein Spiegelbild unserer künstlichen Landschaftsbilder mit all seinen heiß diskutierten politischen Problemen.

9. Ein **Ministerium des Sozial- und Gesundheitswesens** sollte sämtliche irdischen Daseinsformen unserer Spezies, wie Kinder, Jugend, Frauen, Familie, Senioren, Generationen, Kranke und Sportler, für die es in unterschiedlichen Kombinationen bereits schon einige Ministerien gab, in ein Ressort integrieren. Kurz und bündig statt wortreich und weitschweifend! Für einige der o. g. Daseinsformen könnten freilich untergeordnete Staatssekretariate verantwortlich zeichnen.

10. Ein **Ministerium für Umwelt- und Klimaschutz** sollte vom Naturschutz abgekoppelt werden, weil die „Viecherei“ im Schatten vom Menschenschutz zu kurz kommt. Filteranlagen von Atomkraftwerken zum Beispiel oder Abgasmessungen im Stadtverkehr dienen unserem Wohlbefinden, nicht aber dem Überleben des letzten Blaukehlchens oder Apolofalters etwa. Wenn es heißt, dem Umweltschutz stehen Mittel in Milliardenhöhe zur Verfügung, muss hinterfragt werden, was davon dem Naturschutz übrig bleibt. Keineswegs genug, wie bekannt. Was wir brauchen, ist ein eigenes

11. **Ministerium der Natur- und Kulturwerte**, auch wenn diese Kombination gewöhnungsbedürftig ist. Sie klingt aber kaum komischer als das gegenwärtige „Ministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport“.

Ein Blick über den Tellerrand offenbart schließlich Beispiele, die noch viel sonderbarer klingen. Japan etwa hat bereits einen „Minister gegen Einsamkeit und Isolation“ (Kodoku-Koritsu-Taisaku-Tanton-Daijin). In Island wiederum spielen nordische Mythen sowohl im Schulunterricht als Identitätsstiftend als auch im Fremdenverkehr als Lockmittel eine zentrale Rolle. Es bestehen deshalb Pläne, das hierfür bislang zuständige Staatssekretariat zu einem „Ministerium der Elfen und Gnome des verborgenen Volkes“ (Ráðyuneiti huldúfólks, álfrvænna og álfa) auszuweiten!

Wenn bei uns die grandiosen Wiener Philharmoniker zum Neujahrskonzert aufspielen, genießen das rund 45 Millionen Menschen in der ganzen Welt. Und was unsere sechs Nationalparks an emotional-ästhetischen Erlebnissen bieten, sind der zweite Pfeiler dessen, was ein eigenes Ministerium verdient. Vom Großglockner, wo unser Wappenvogel, der Steinadler, majestätisch seine Kreise zieht, bis zum Seewinkel, wo die seltene Großtrappe mit ihrem Balzverhalten fasziniert.

Denken wir außerdem an das Weltkulturerbe Wachau mit dem Donauwalzer als audiovisuelles Gesamtkunstwerk. Oder an das Panoramabild von Hallstatt, welches die Chinesen sogar bei sich zu Hause im gleichen Maßstab nachgebaut haben. All das ist die wahre Größe des kleinen Österreich. Es geht dabei um identitätsstiftende Kunst, Natur und Heimat, für die es in anderen Ländern bereits eigene Ministerien gibt.

Gegen Verscheußlichung

Dass die Hinwendung zum Schönen Auswege aus dem aggressivspannungsgeladenen Alltag bietet, hat bereits schon Sokrates in der Antike gelehrt, und Schönheit gegen Verscheußlichung sollte umso mehr unsere Devise heutzutage sein. Prioritäten, die Politiker setzen, spiegeln nicht immer das wider, was notwendig wäre: neben dem Gesundheitsministerium zur Erholung des Körpers eben aktuell auch ein Schönheitsressort zur Genesung der Seele einzurichten. Ein **Ministerium des Schönen**, um es kurz und bündig zu formulieren. Unser Land hätte es allemal verdient!

E-Mails senden Sie bitte an: debate@diepresse.com

Post-Covid-Fragen: Wie hoch war das Risiko?

Einwurf. Auch vier Jahre danach erhebt sich die Frage, welche Kräfte die Politik veranlasst haben, ein Virus zur Massenseuche zu erklären.

VON ANDREA KOMLOSY

Die Veröffentlichung der Protokolle des deutschen Robert-Koch-Instituts (RKI) durch das unabhängige Webportal Multipolar am 18. März 2024 entzieht der medialen Kampagne gegen sogenannte Corona-Leugner den Boden unter den Füßen. Zwar ist diese nach Aufhebung der Covid-Maßnahmen-Gesetze im Jahr 2023 abgeebbt, zumal Kernpunkte der Kritiker unterdessen allgemein anerkannt sind. Entgegen den Ankündigungen einer kritischen Aufarbeitung stehen die Vorwürfe gegen MaßnahmenkritikerInnen jedoch weiterhin im Raum. Die Motive für das damals als „alternativlos“ propagierte Herunterfahren des gesellschaftlichen Lebens wurden in den Berichten der Landesverteidigungsakademie (11/2023) sowie der Akademie der Wissenschaften (12/2023) nicht angesprochen. Die RKI-Files haben den deutschen Verantwortlichen für Panikmache, Lockdowns, Tracking-, Test- und Impfkampagnen nun heftig Dampf gemacht.

Ich selbst musste die üblichen Verunglimpfungen von Verharmlosung der Seuche, Wissenschaftskepsis, Menschenverachtung und Rechtslastigkeit über mich ergehen lassen, weil ich im Wintersemester 2021/22 gemeinsam mit Hermann Knoflacher und Günter Emberger (TU Wien) sowie Peter Weish und Helga Kromp-Kolb (Boku) die Vorlesung „Corona als transdisziplinäre Herausforderung“ organisierte hatte. Sie hat dem schweigenden Einverständnis der Universitäten mit dem bislang (seit 1945) größten Angriff auf Menschenrechte und Grundfreiheiten Raum für Debatte und Widerspruch geöffnet. Über 1200 Studierende meldeten sich dafür an. Der über das Internet und eine geifernde HochschülerInnenenschaft verbreitete Shitstorm gegen die Veranstaltung ließ keinen beteiligten Referenten, allesamt angesehene Vertreter ihres Faches, ungeschoren.

Am stärksten im Schussfeld standen die Mediziner Andreas Sönnichsen (Med-Uni Wien) und Christian Schubert (Univ. Inns-

bruck), aber auch der Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen (Univ. München). Sie kontrastierten die statistische, durch Massentests hervorgerufene Inszenierung exponentieller Fallzahlen, Todesraten und überlasteter Spitalsbetten mit der von Sars-CoV-2 ausgehenden Gefahr, stellten die Sinnhaftigkeit von Masken, Schulschließungen und Massenimpfung infrage und machten Vorschläge zu Prophylaxe und Behandlung. Das galt damals als „unwissenschaftlich“, folglich sollte es nicht geäußert werden dürfen. Sönnichsen hat seine Kritik die Anstellung gekostet.

Die vorliegenden RKI-Dokumente zeigen auf, dass die Debatten im geschlossenen Kreis der Beratungsinstitution des deutschen Gesundheitsministeriums keineswegs der Katastrophensituation von Regierungen und medialen Mainstreams entsprachen. Die meisten Bedenken, die die kritischen Stimmen der Corona-Vorlesung vorgetragen hatten, sorgten auch dort für Debatten sowie Besorgnis. Warnungen vor Schulschließungen, Maskenpflicht, Massenimpfung u. v. m. waren gang und gäbe, schlugen sich allerdings nicht in der Politik nieder. Den Konsens der Wissenschaft, der den besorgten BürgerInnen eingeredet wurde, gab es gar nicht.

Debatten im kleinen Kreis

Die größte Aufregung hat bisher die Hochskalierung der Virusgefahr von „gering“ (24. 2. 2020) auf „mäßig“ (2. 3.) und schließlich „hoch“ (17. 3.) erregt, ohne dass sich dafür Unterlagen oder Begründungen unter den Dokumenten finden lassen. Am 16. 3. 2020 hieß es plötzlich: „Es soll diese Woche hochskaliert werden. Die Risikobewertung wird veröffent-

ZUR AUTORIN



Andrea Komlosy (geboren 1957) ist a. o. Univ.-Prof. am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Wien.

licht, sobald XXXX (geschwärzt) ein Signal dafür gibt.“ Das Signal kam, und der Lockdown nahm seinen Lauf. Nun wird herumspekuliert, wer sich hinter XXXX verbirgt: jemand, der eine politische Weisung erteilte und damit die Unabhängigkeit des RKI infrage stellte, oder ein hochrangiger RKI-Mitarbeiter selbst?

Jenseits der innenpolitischen Weisungskette erhebt sich die Frage, welche Kräfte das RKI und die Politik tatsächlich veranlasst haben, ein Virus zur Massenseuche hochzustulieren. Hier geht es nicht nur um XXXX. Vielmehr muss der internationale Umgang mit Pandemien ins Spiel gebracht werden. Die Abhängigkeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von Geldern aus Pharmafirmen und privaten Stiftungen gibt Anlass zur Vermutung, dass es nicht die Sorge um das Wohlergehen der BürgerInnen war, die die Regierungen zum Lockdown greifen ließ. Seit Jahren werden auf internationalen Treffen, die von eben jenen Interessen finanziert werden, die Szenarien eingeübt, die im Pandemiefall zum Tragen kommen sollen. Damit das im konkreten Anlassfall tatsächlich passiert, müssen einzelne Verantwortliche auf den Plan treten. Hier besteht Spielraum für nationalstaatliche Sonderwege, solange diese nicht internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO entgegenstehen.

Und das kleine Österreich? Das Publikwerden der deutschen Protokolle wirft die Frage auf, wie die Anpassung an die Interessen von Big Pharma und Big Data hierzulande erfolgte. Die österreichische Regierung hat mit der geplanten Einführung der Corona-Impfpflicht im Jänner 2022 gezeigt, dass sie zu besonders scharfen Maßnahmen greifen will. Dass sie die von ÖVP, Grünen und SPÖ beschlossene Impfpflicht schließlich unverrichteter Dinge zurücknehmen musste, ist wohl dem auch hierzulande breiten, über soziale und weltanschauliche Grenzen hinweg geäußerten Protest geschuldet.

Reaktionen senden Sie bitte an: debate@diepresse.com

DER AUTOR



Prof. DDr. Antal Festetics (*1937) studierte Zoologie in Wien und lehrt Wildbiologie an der Universität Göttingen. Er war Begründer des WWF Österreich, Initiator des Nationalparks Neusiedler See und „Hainburg-Kämpfer“ für den Nationalpark Donauauen. Einem größeren Publikum wurde er durch seine TV-Serie „Wildtiere und wir“ bekannt.

Ende des 2. Weltkriegs ist ausgeschlossen. Folglich sind sie zu wechselseitiger Akzeptanz des Bestehens und zu Formen des Lebens mit- oder nebeneinander, also zur Kooperation gezwungen. Explizite Absprachen können sie etwa im UN-Sicherheitsrat oder mittels Verträgen zur Abrüstung sowie zur wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, implizite Kooperationen etwa durch wechselseitige Anerkennung von Interessen- und Sicherheitssphären erreichen. Mangels einer Weltbehörde zur Sanktionierung defektiven Verhaltens können nur solche Kooperationsformen Frieden schaffen, wenigstens in Form der Abwesenheit von direktem Krieg.

Instabil und gefährlich wird es in dieser politischen Oligopol-Situation dann, wenn Teilnehmer über ein gemeinlich akzeptiertes Niveau hinaus einander demütigen oder gar besiegen wollen, wie z. B. durch die Aufkündigung von Abrüstungsverträgen, die Blockade in Gremien, Maßnahmen der Bestrafung oder die Ignoranz von Inter-

sensgebieten, wie z. B. in den Fällen Kuba, Ukraine und Taiwan. Aus gesinnungsethischer und völkerrechtlicher Sicht ist das Handeln der Oligopolisten vielfach sehr unbefriedigend, realpolitisch ist die Kooperation alternativlos.

Anton Aaron Burger, 1220 Wien

Geschichtsvergessenheit und fehlende Sensibilität

„Ein Gift für unsere westliche Grundordnung“, GK von Stefan Karner, 10.4.

Stefan Karner ist für seinen profunden Beitrag zu den unfassbaren systematischen Verbrechen des Kommunismus, die allein im 20. Jahrhundert rund 100 Millionen Tote verursacht haben, zu danken. Den Kommunismus, der außerdem für Korruption, Enteignungen und Mangelwirtschaft (inkl. Wohnungsnot) steht, im 21. Jahrhundert noch immer als Bezeichnung für eine Partei zu verwenden, spricht für sich bzw. die Unwählbarkeit einer solchen Partei. Erstaunlich ist hier die Geschichtsvergessenheit wie

auch die fehlende Sensibilität bezüglich der Verbrechen bestimmter Protagonisten. In Wien steht ein Denkmal für Herrn Che Guevara, der mindestens 216 Todesurteile zu verantworten hat und in der Atomkrise 1962 bitter enttäuscht war, dass die Sowjetunion einem Kompromiss zugestimmt hat, um Millionen Tote zu verhindern.

Dr. Thomas Rauch, 1180 Wien

Verbrechen „im Namen des Christentums“

„Aus mit der Unschuld des Christentums“, LB von Erich Wallner, 12.4.

Das Christentum hat noch niemals ein Verbrechen in dieser Welt begangen, da es gar nicht von dieser Welt ist. (Joh. 18,36a: Und Jesus antwortete: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Joh. 4,24: „Gott ist Geist, und die ihn anbeten, die müssen ihn im Geist und in der Wahrheit anbeten.“) Wenn einige selbsternannte „Würdenträger“ im Namen des Christentums Verbrechen begangen haben, so hat dies

mit dem Christentum selbst nicht das Geringste zu tun, sondern ist nur aus Amtsanmaßung und grenzenloser Hybris geschehen, steht aber, wie Christus selbst sagt, in diametralem Gegensatz zu ihm und seiner Lehre.

Umso schwerer wiegt das Faktum, dass Verbrechen im „Namen des Christentums“ begangen wurden. Sie widersprechen jedoch Christus selbst und seiner Botschaft in vollem Umfang.

Dr. Maximilian Lobmeyr, 2372 Gießhübl

Dachbegrünung möglich und sinnvoll

„... wie die Mittelmeerländer“, LB von Ferdinand Kafka, 6.4.

Ich muss Herrn Kafka widersprechen. Grundsätzlich ist Dachbegrünung möglich und aus verschiedenen Gründen sinnvoll. Intensive Dachbegrünung ist wegen des Gewichts der Substratschicht und auch wegen der intensiven Pflege der Bepflanzung teuer und meist nur bei Neubauten möglich. Extensive Dachbegrünung erfordert nur

eine Feuchtigkeitsisolation, eine dünne und leichte Substratschicht sowie eine pflegefreie Bepflanzung. Diese Art der Dachbegrünung ist auch nachträglich auf allen Dächern möglich und hat den Vorteil, dass Regenwasser aufgenommen wird, samt Kühleffekt, Staub gebunden und Lärm absorbiert wird. Insgesamt also eine positive Maßnahme gegen die Auswirkungen des Klimawandels.

Ing. Erich Pichler, 7000 Eisenstadt

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

Online: Stefanie Kompatscher

E-Mail: debate@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: diepresse.com/meinung

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.